Nr. 367. XIX. Jahrgang. **Abend-Ausgabe.** Mittwoch, 23. Juli 1890.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

Ein Volksschulgesetz

hat bekanntlich jüngst der „Reichsanzeiger" angekündigt; der Entwurf soll bereits dem Staatsministerium zur Berathung vorliegen und wird also wohl den Landtag in seiner nächsten Session beschäftigen. Damit wird endlich einer Forderung der Verfassung nachgekommen, deren Erfüllung bisher vergeblich angestrebt wurde. Kultusminister v. Goßler wies einmal in der Kammer auf ein vor ihm liegendes Aktenstück hin, das den Entwurf eines Schuldotationsgesetzes enthalten sollte. Eingebracht wurde der Entwurf aber nicht, der, wie es hieß, an dem Widerstande des Fürsten Bismarck scheiterte. Dieser Widerstand ist jetzt weggefallen und damit ist auch für diese Reform die Bahn frei geworden. Zur rechten Zeit wird im „Hamb. Korr." an die Erklärung erinnert, welche der Reichskanzler v. Caprivi kurz nach seiner Ernennung im Abgeordnetenhause abgab. Herr v. Caprivi bemerkte bei diesem Anlasse, die erste Folge des Personenwechsels in Bezug auf die Regierung werde die sein, daß die einzelnen Ressorts einen größeren Spielraum gewinnen und mehr hervortreten als bisher. Die Regierung werde überall bereit sein, bisher zurückgehaltene Gedanken und Wünsche aufzunehmen, sie von Neuem zu prüfen und, soweit sie die Ueberzeugung von ihrer Durchführbarkeit gewinne, sie zu verwirklichen.

Zu diesen zurückgehaltenen Gedanken und Wünschen gehört allerdings in erster Linie eine gesetzliche Regelung des Unterrichtswesens, wie solche im Artikel 26 der Verfassung in Aussicht gestellt ist. Einen letzten Versuch in dieser Richtung hatte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre der damalige Kultusminister Dr. Falk unternommen, welcher dem Staatsministerium den vollständigen Entwurf eines Unterrichtsgesetzes vorlegte. Weiter kam aber dieses Gesetz nicht, da die Regierung die zur Durchführung desselben erforderliche Summe von 30 Millionen Mark nicht beschaffen zu können glaubte. Nachdem aber der Reichstag 1879 die neuen Zölle und die Tabaksteuer bewilligt hatte, machte Falk dem Minister von Puttkamer Platz. Damit war der Falkische Entwurf endgiltig beseitigt. Seitdem sind alle Anregungen aus dem Schoße der Landesvertretung, zunächst wenigstens einige Theile des Unterrichtswesens, namentlich die Schulunterhaltungspflicht, gesetzlich zu regeln, gescheitert. Jetzt endlich hat man sich an die früheren Verheißungen erinnert, die nunmehr sogar in umfassenderem Sinne erfüllt werden sollen. Nach der Mittheilung des „Reichsanzeigers" zu schließen, handelt es sich bei der jetzt ausgearbeiteten Vorlage nicht nur um ein Schuldotationsgesetz, sondern um ein auch die organisatorische Seite des Volksschulwesens umfassendes Gesetz, welches die Durchführung der auf die Volksschule bezüglichen Artikel 24 und 25 der Verfassung zum Ziele haben würde. Auf den Artikel 24 aber vielmehr auf den in diesem enthaltenen Satz, wonach den religiösen Unterricht in der Volksschule die betreffenden Religionsgesellschaften leiten sollen, bezog sich bekanntlich der famose Schulantrag des Abgeordneten Windthorst, der mit seinen weitgehenden Forderungen betreffend das Einspruchsrecht der Religionsgesellschaften bei der Anstellung der Volksschullehrer nach der Versicherung des Antragstellers dem ursprünglichen Sinn der Zusicherung der Verfassung entsprechen soll. Schon der Hinweis auf diesen Antrag genügt, um klar zu stellen, daß die jetzt angekündigte Vorlage in beiden Häusern des Landtags zu sehr lebhaften und langwierigen Kämpfen führen wird. Es wird natürlich auch abzuwarten sein, in welcher Richtung der Entwurf die Lösung der Aufgabe sucht; indeß ist schon der Versuch selbst mit Befriedigung zu begrüßen. Der Schulgesetzentwurf soll, wie es heißt, nach seiner Durchberathung im Staatsministerium veröffentlicht und damit weiteren Kreisen Gelegenheit zur Prüfung gegeben werden. An dieser Prüfung soll es unsererseits nicht fehlen.

* * *

„Dotationsgesetz oder staatliche Dienstalterszulagen" ist der Titel eines vom Vorstande des „Landesvereins preußischer Volksschullehrer" veröffentlichten Vortrags, welchen Lehrer G. Helmcke-Magdeburg in der Sitzung des Gesammtvorstandes in Berlin gehalten hat. Dieser Vortrag giebt ein getreues Bild der Ansichten, welche in dem die große Majorität der Lehrerschaft Preußens vertretenden Landesverein herrschend sind. Angesichts der Ankündigung des „Reichsanzeigers" über die Ausarbeitung eines Schulgesetzes gewinnen die Ausführungen Helmckes erhöhte Bedeutung. Wir theilen deshalb einiges Wesentliche daraus mit:

Auf Anregung des Abgeordnetenhauses wurden im Jahre 1873 Dienstalterszulagen für Volksschullehrer bewilligt, auf welche gemäß Ministerialverfügung weder den Lehrern noch den Gemeinden ein rechtlicher Anspruch zustand, und die nicht gewährt werden sollten, „wenn das Stelleneinkommen nicht nur auskömmlich ist, sondern für reichlich erachtet werden muß, und wo bei größeren Schulsystemen durch planmäßige Abstufung der Lehrergehälter oder Einführung von Dienstalterszulagen für die angemessene Besoldung älterer Lehrer bereits gesorgt ist oder füglich gesorgt werden kann."

In Folge des Volksschulentlastungsgesetzes sind die Dienstalterszulagen weiter erhöht worden, aber die Grundsätze bei Vertheilung derselben blieben noch dieselben. Die staatlichen Dienstalterszulagen waren also bisher Bedürfnißzulagen, die da gewährt wurden, wo das Einkommen ein nicht auskömmliches war und eine Altersstala nicht bestand, ohne Rücksicht darauf, ob diese selbst nun als genügend erachtet werden mußte oder nicht.

Durch den in der letzten Tagung des Abgeordnetenhauses angenommenen Nachtragsetat hat eine weitere Erhöhung der Dienstalterszulagen Mittgefunden und ist eine rein äußerliche Grenze für Gewährung derselben bei Städten mit mehr als 10,000 Einwohnern gezogen worden. Die Lehrer der mittleren und größeren Städte gehen also leer aus.

Die Alterszulagen sollen nach wie vor widerruflich bleiben. Es giebt keinen angestellten Beamten, dessen Gehalt bis zu einem Drittel und vielleicht mehr aus widerruflichen Zulagen besteht. In anderen deutschen Staaten, in jüngster Zeit wieder in Hessen, sind die Alterszulagen der Lehrer gesetzlich geregelt.

In Bezug auf die neuerdings bewilligten Waisengelder, die Befreiung von Gemeinde-Abgaben und die Pensionirung galten früher für alle Elementarlehrer dieselben Bestimmungen, während man jetzt unterscheidet zwischen Volksschullehrern und solchen Lehrern, die an höheren Lehranstalten wirken. So sehen wir überall wankende Anschauungen, Ausnahmen u. s. w., so daß der jetzige Zustand als ein unhaltbarer betrachtet werden muß, als ein Zustand, der so bald als möglich beseitigt werden muß. So sehr man sich freuen darf der Hilfe, die einem Theile der preußischen Lehrer zu Theil geworden, so wenig kann man die Augen verschließen vor den Mängeln des Systems.

„Nur ein Dotationsgesetz", so schließt der Vortrag, „kann Wandel schaffen, kann der Unsicherheit Halt gebieten, kann allen Lehrern bringen, was sie seit Jahrzehnten ersehnt, kann aufhelfen ihrer Berufsfreudigkeit, kann bessern die Lage ihrer Emeriten und ihrer Hinterbliebenen."

---

* Zur näheren Begründung und Erläuterung des deutsch-englischen Vertrages wird bekanntlich vom Reichskanzler **v. Caprivi** eine **Denkschrift** erwartet, deren Veröffentlichung indeß aus nahe liegenden Gründen erst nach der endgiltigen parlamentarischen Erledigung der Angelegenheit in England erfolgen soll. Angesichts der beschleunigten Behandlung der Helgoland-Bill im englischen Parlament darf man dem Erscheinen der Denkschrift nunmehr sehr bald entgegensehen. Sie soll in erster Reihe die Gründe darlegen, die bei uns für den Abschluß des Abkommens mit England maßgebend waren, und die Vortheile, die unsere Regierung sich davon verspricht. Darauf wird das Aktenstück sich aber nicht beschränken, sich vielmehr, wie die „Magd. Z." wissen will, über die deutsche Kolonialpolitik im Allgemeinen, sowie insbesondere über die Mittel verbreiten, mit denen das nunmehr dem deutschen Reiche endgiltig zugesprochene Gebiet in Ostafrika dauernd befestigt und für die deutschen Interessen nutzbar gemacht werden kann. Dabei wird wohl auch die künftige Stärke und Gestaltung der deutschen Schutztruppe, sowie überhaupt die militärische Seite der deutschostafrikanischen Politik in Erwägung gezogen werden. Es ist zu erwarten, daß die Denkschrift so manches Vorurtheil, das sich in den letzten Wochen gegen den Vertrag bemerklich machte, gründlich zerstreuen wird.

---

* Der Reichsschatzsekretär **von Maltzahn** hat in München nach einer offiziösen Meldung der „Münchener N. N." zwar mit dem ihm persönlich bekannten Finanzminister von Riedel mehrfach verkehrt; aber zu irgend welchen finanziellen Abmachungen habe nicht der mindeste Anlaß vorgelegen. Daß es jetzt schon zu Abmachungen kommen könnte, hat gewiß Niemand erwartet. Die allgemeine Ansicht geht lediglich dahin, daß Herr von Maltzahn, der inzwischen nach Oberammergau abgereist ist, das Terrain sondirt hat. Der „mehrfache Verkehr" wird nur dazu beitragen, diese Ansicht zu befestigen.

---

* Der Jahresbericht des Vorsitzenden und Geschäftsführers im Ausschusse der **Deutschen Turnerschaft**, erstattet in München am 20. Juli, entwirft ein erfreuliches Bild von der gesunden Fortentwickelung der deutschen Turnerschaft. Welche Bedeutung die Turnsache für die Volksentwicklung endlich nach so langer stiefmütterlicher Behandlung auch von staatlicher Seite zuerkannt werde, gehe aus den Worten hervor, die Kaiser Wilhelm bei der Schlußprüfung in der Berliner Central-Turnanstalt den dort ausgebildeten Lehrern zurief, ferner aus den Verhandlungen des preußischen Abgeordnetenhauses über turnerische und Jugendspielfragen, vor Allem aber aus dem dauernden Eintreten und Wirken des preußischen Kultusministers v. Goßler für alle Richtungen der Leibesübungen in Schule, Universität und Volksleben. Im Bericht heißt es weiter:

Die Kämpfe in der Turnerschaft und gegen dieselbe sind vorüber, — die kleine Lücke, die im XV. Kreise das Ausscheiden der sog. „unverfälscht" deutschen Turner zu Wege brachte, ist längst ausgefüllt und überholt, und die ganze Sonderbewegung ist in turnerischen und allgemein politischen Kreisen nicht nur im Rückgang begriffen, sondern verliert auch, wie es scheint, an Schärfe und Leidenschaftlichkeit. Das künstlich ausgebildete Teutonenthum, das im Hervorsuchen altdeutscher Namen und Formen sich breit macht, ist nun gar eine fremde Pflanze, die in unser Jahrhundert nicht mehr paßt!

Die statistische Erhebung vom 1. Januar 1890 hat, wie seit 21 Jahren immer, einen stetigen Fortschritt ergeben. Die Zahl der zur deutschen Turnerschaft gehörenden Vereine ist um 149 in 105 Vereinsorten gestiegen, so daß sie gegenwärtig 3992 beträgt. Nur in Kreis VIII und Kreis XIII hat sich die Zahl der zur Turnerschaft gehörenden Vereine vermindert. In Kreis VIII ist das vom Kreisgrundgesetz gerechter Weise nicht geduldete Wettturnen um Medaillen und Werthpreise

---

Kritische Reisebriefe für das „Berliner Tageblatt".

XXXV. (Nachdruck verboten.

Crefeld.

Das deutsche Lyon, die Seiden- und Sammetstadt umweit des linken Rheinufers, ist weder kurzweilig noch mit besonderen Naturreizen ausgestattet, aber eine ehrenwerthe, industriekräftige Stadt, die in den Büchern der Reichsbank gar hoch und hehr verzeichnet steht. Es giebt eben allerhand Gesichtspunkte, unter denen die Städte eines Kulturreiches betrachtet sein wollen. Wer die Bedeutung Krefelds kennen lernen will, der muß in den großen Seidenhäusern Englands und Amerikas nachfragen und in den dicken Büchern der Reichsbank den Buchstaben C aufschlagen. Dort steht die rheinische Fabrikstadt mit ihren 107,000 Einwohnern mit dem gewaltigen Umschlag von jährlich einer halben Milliarde verzeichnet. Auch die Post kann prompten Aufschluß geben: an Werthsendungen und Postanweisungen werden hier über 100 Millionen Mark jährlich umgesetzt, und das Crefelder Hauptsteueramt paradirt auch mit einer siebenziffrigen Einnahmesumme.

Und dann das Wachsthum der Stadt, die noch um die Wende dieses Jahrhunderts ein Oertchen mit 6000 Einwohnern war. Im Jahre 1840 hatte sie sich auf 26,000 emporgearbeitet, 1864 auf 48,000, im Jahre 1870 auf 57,000, im Jahre 1880 auf 74,000.

Im Lustrum 1880—1885 hatte Crefeld die prozentual stärkste Bevölkerungszunahme im ganzen deutschen Reiche zu verzeichnen, nämlich 21,7 Prozent, und in den jüngsten 5 Jahren, in denen die Bevölkerung von etwa 90,000 auf 107,000 anwuchs, ist das Steigerungsverhältniß nahezu das gleiche geblieben.

Solch unheimliches Wachsthum führt beim Individuum wie bei einem Gemeinwesen Unzuträglichkeiten und Beschwerden mit sich, die erst allmälig zum Ausgleich und zur Ueberwindung kommen. Ich glaube, in den achtziger Jahren ist der Stadtverwaltung oft recht ängstlich zu Muthe gewesen. Tausende und Tausende von Arbeitern zogen zu, mindestens zwei Schulen jährlich mußten neugebaut werden, das Armenbudget erreichte eine bedenkliche Höhe und die Kommunalsteuern einen haarsträubenden Prozentsatz. Man kriegt Respekt vor der Leistungsfähigkeit der Crefelder, wenn man hört, daß z. B. noch im laufenden Jahre, wo die Hochflut des Zuzugs schon etwas eingedämmt oder abgeleitet ist, erhoben werden: 412 pCt. Kommunalsteuer, 50 pCt. Zuschlag zur Grund- und Gebäudesteuer, nahezu 100 pCt. Kirchensteuer, dazu eine Handelskammer- und andere Steuern, so daß summa summarum gegen 600 pCt. Zuschlag zur Staatssteuer zu zahlen sind. Ich glaube, die Berliner ließen sich eher die Haut abziehen, als daß sie 600 pCt. Kommunalsteuern zahlten. Außerdem vermöchten sie es auch nicht zu leisten, und darum wohl den Crefeldern, daß sie es können!

Vielleicht ist für die Stadtverwaltung kein Vorwurf aus diesen Schwierigkeiten herzuleiten, wenigstens für die derzeitige Verwaltung nicht; früher soll man allerdings pennywise und poundfoolish gewesen sein und, wenn man kein Geld hatte, einfach städtisches Eigenthum verkauft haben, das dann später unter Umständen um den fünffachen Preis wieder zurückgekauft werden mußte. Die unverhältnißmäßig hohen Ausgaben für Schulen, die nothwendigen Aufwendungen für Kanalisation, Wasserleitung, Schlachthaus und Badeanstalt und ein wenig glücklicher Vertrag mit einer Gasgesellschaft, der der Stadt noch bis 1900 die Hände bindet und der Einführung des elektrischen Lichtes fast unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellt, haben — in Verbindung mit den aus den Zeiten einer irrationellen Finanzgebarung übernommenen drückenden Verpflichtungen — das städtische Budget so schwer belastet.

Das sieht und spürt nun freilich nur der Einheimische; wer als Fremdling die Stadt besucht, dem tritt ein behäbiges, wohlhabendes und wohlgeordnetes Gemeinwesen entgegen, eine Rheinstadt, die auf der hohen Kulturwarte der Westprovinzen steht und in Haltung und Lebensgewöhnung einen vornehmen Anstrich zeigt. Es liegt Rasse in diesen Rheinprovinzstädten und steifnackiges Selbstbewußtsein, und ich bin nicht sicher, daß nicht der eine oder andere Crefelder, der diesen Artikel liest, gekränkt ausruft: „Was zum Henker gehen diesen schriftstellerischen Windhund unsere Steuern und Lasten an! Wir zahlen sie, weil wir's können, und wir werden uns als reiche und stolze Stadt behaupten, eben weil wir Crefelder sind."

Brav so, das ist die Sprache des potenten Mannes.

Aber, mit Verlaub, ein Bischen darf sich die Außenwelt doch auch darum kümmern, wie das Alles so gekommen ist, wie Crefeld groß und berühmt wurde in der Industriewelt, und wie die Neuzeit ihm gar schwere Lasten aufgehalst hat. Ganz interessant, die Geschichte Crefelds in den jüngsten Jahrzehnten.

Die Seidenfabrikation ist ja schon älter; die haben bekanntlich die aus Holland vertriebenen Mennoniten hierher verpflanzt, eine Religionsgemeinde, der heute noch die angesehensten und reichsten Familien der Stadt, die von der Beyen, de Greiff, v. Beckerath, Floh und andere, angehören. Die Seidenfabrikation war bis weit in die zweite Hälfte unseres Jahrhunderts hinein eigentlich ein Handwerk; der Fabrikant hatte keine Fabrik in unserem Sinne, sondern nur Comptoir, Lagerhaus und Lieferraum; er beschäftigte Hunderte von selbstständigen Webern aus der näheren und ferneren Umgegend bis weit ins Holländische hinein, und diese Weber fühlten sich selbst wieder als kleine Meister, die sich Gesellen und Spuljungen hielten.

Da kamen die unendlich verbesserten mechanischen Stühle, die mit Dampf betrieben wurden; wirkliche Fabriketablissements mit Schornsteinen und großen Nebengebäuden entstanden, die selbstständigen Weber ringsum gingen zu Hunderten ein, an ihre Stelle traten Tausende von Fabrikarbeitern, die in der Stadt selbst Wohnung nahmen. Die Stadt wuchs beängstigend — wurden doch in einem Jahre, ich glaube, 1885 war's, 23 Fabriken im Stadtgebiet errichtet und dazu über 250 Wohnhäuser. Das war ein amerikanisches Wachsthum. Was Wunder, daß da die städtischen Lasten sich häuften. Aus den selbstständigen Webern wurden Proletarier, die Großen fraßen die Kleinen auf, wie das eben so geht. Mit diesem Wandel in der Fabrikation erschien auch die Sozialdemokratie auf der Bildfläche, und die klerikale Behauptung, daß da, wo die frommen Centrumsherren das Heft in Händen haben, die sozialistische Irrlehre keinen Boden zu fassen vermöge, erwies sich wieder einmal als grundfalsch. Trotzdem in Crefeld über 70,000 Katholiken wohnen, und Seelsorge und Centrumspresse von handfesten Leuten bedient werden — die „Niederrheinische Volkszeitung" gehört gewiß zu den frommen und in der Kampfesart nicht wählerischen Organen —, hat sich doch ein stattliches Heer von 8000 Sozialdemokraten hier angesammelt. Aber lassen wir die Politik und die schwarzen Herren, die schließlich doch in Landtags- und Reichstagswahl ihre Männer durchgedrückt haben, und kehren wir zur Industrie zurück.

Auf die überstarke Centralisation der ersten Hälfte der 80er Jahre folgt jetzt ein gelinder Rückschlag. Abgesehen von der mangelnden Stabilität der Fabrikation, die neuestens immer mehr hervortritt, haben Zollpolitik und Mode ein kräftig Wörtlein mitgesprochen. Der Minderbedarf an schwerer Waare, besonders an guter schwarzer Seide, ist überaus fühlbar. Augenblicklich ist Sammet en vogue, und die Sammetfabrikanten wissen kaum genug zu schaffen